

Autorin: Neumann, Ursula.

Titel: Die Darstellung von Migrantinnen und Migranten und ihren Themen in den audiovisuellen Medien.

Quelle: merz. medien + erziehung. 46. Jahrgang, Heft 5/02. München 2002. S. 282-285.

Verlag: kopaed verlagsgmbh.

Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Verlags.

Ursula Neumann

Die Darstellung von Migrantinnen und Migranten und ihren Themen in den audiovisuellen Medien

Gerade die Zeit nach dem 11. September 2001 hat wieder einmal gezeigt, wie oberflächlich zum Teil die Medienberichterstattung erfolgt und wie schnell Menschenbilder geformt und Klischees verbreitet werden können.

Das Thema „Zuwanderung“ hat in den beiden vergangenen Jahren 2000 und 2001 eine bedeutende Rolle in der politischen Diskussion eingenommen und eine entsprechende Resonanz in der Medienberichterstattung erfahren. Anders als in den vielen Jahren zuvor ging es nicht hauptsächlich um die Abwehr von Flüchtlingseinwanderung, die Beschneidung des Asylrechts oder die Instrumentalisierung von Migrationsproblemen im Wahlkampf, sondern um die Frage einer konstruktiven Gestaltung von Einwanderungspolitik und Integrationsprozessen in der deutschen Gesellschaft. Der Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, die Konzepte der großen Parteien und zuletzt das Zuwanderungsgesetz boten reichlich Stoff für politische Debatten in Talkshows, Presseerklärungen und Kommentaren in allen Medien. Was dabei zu kurz kam, war die Beteiligung der Bevölkerung, die seit dem Anwerbestopp von 1973 fast dreißig Jahre lang gepredigt bekommen hatte, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei. Dies änderte sich erst im September 2001 mit den schrecklichen Attentaten in New

York und Washington. Sie haben nicht nur die terroristischen Aktivitäten bestimmter weltweit operierender Gruppen in den Vordergrund gerückt, sie leiteten auch eine integrationspolitische Zäsur in der Bundesrepublik Deutschland ein. Der muslimische Hintergrund der Attentäter und ihrer Unterstützer sowie die folgende politische Diskussion um die Erhöhung der inneren Sicherheit in Deutschland mit besonderem Blick auf muslimische Extremisten haben tiefe Spuren hinterlassen. Das vorhandene Grundvertrauen in die eigene Sicherheit wurde erschüttert. Insbesondere Menschen, von denen vermutet wurde, sie könnten Muslime sein, sahen sich Beleidigungen und Verdächtigungen ausgesetzt, die sie nach eigener Auskunft nicht für möglich gehalten hatten und die sie daran zweifeln ließen, ob Deutschland wirklich ihre Heimat sei.

Das Bild in den Medien

Daran hat die Berichterstattung in den Medien ihren Anteil gehabt. Es wurde der Eindruck erweckt, als sei die Bundesrepublik Deutschland mit einem Netz von Islamisten und islamischen Extremisten überzogen, denn ausschließlich ihnen galten die diskutierten und durchgesetzten Maßnahmen, wie z.B. die Raster-Fahndung, die in der Studentenschaft für große Aufregung sorgte. Während sich die Mehrheit der Muslime von den Attentätern und ihren Taten nachdrücklich distanziert, ist auch bei ihnen eine tiefe Verunsicherung eingetreten. Auch Migrantinnen und Migranten haben ein hohes Interesse an sicheren Verhältnissen in Deutschland und einem friedlichen Zusammenleben der Bevölkerung insgesamt. Deutsche und Nicht-Deutsche sind nicht Gegner, sondern Partner in dieser Gesellschaft und in der Demokratie, die es einzubinden und für das gemeinsame Interesse zu gewinnen gilt. Während meiner Tätigkeit als Ausländerbeauftragte des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg (1999-2002) habe ich niemals so viele Anfragen von Medienvertretern und freien Journalisten erhalten, wie im Herbst und Winter 2001/2002. Dies hatte Gründe: Die Attentäter hatten im Großraum Hamburg gelebt, völlig unauffällig und dem Alltagsbegriff gemäß „integriert“. Und in Hamburg lebt die größte afghanische Gemeinschaft in Deutschland mit ca. 22.000 Menschen. Der Krieg in Afghanistan und gegen die Taliban betraf diese Menschen sehr direkt; ihre Verwandten und Freunde waren in großer Gefahr, der Winter drohte und es musste Hilfe von Hamburg aus organisiert werden. Die Interessen der Medienvertreter richteten sich auf zwei

Schwerpunkte: Zum einen wollten sie Hintergrundinformationen über die afghanische Bevölkerung in Hamburg, ihre Organisationsstrukturen, ihre politischen Positionen und Verbindungen nach Afghanistan; zum anderen interessierten sie die islamischen Organisationen, die Moscheevereine und ihre Dachverbände, Einzelpersonen und Organisationsstrukturen. So wurden die Versäumnisse der Vergangenheit deutlich, denn weder die afghanische Minderheit noch der muslimische Alltag in der Bundesrepublik waren bisher ein Thema in den audio-visuellen Medien in dem Maße gewesen, wie es der sozialen Wirklichkeit entsprochen hätte.

Bedienung von Klischees

Typisch für die Anfragen war der Wunsch nach „Bildern“: Ob wir Kontakte zu Moscheen knüpfen könnten, ob es charismatische Personen und „Führer“ in Hamburg gäbe, die der Ursprung für die Entwicklung der Studenten zu Attentätern sein könnten, welche Moscheen man von innen filmen könnte usw. Es bestand demnach nicht allein kaum Zugang zur MigrantInnencommunity, es sollte auch möglichst „exotisch“ zugehen und im Bild erkennbar sein, dass es sich da um eine „fremde Welt mitten unter uns“ handelt.

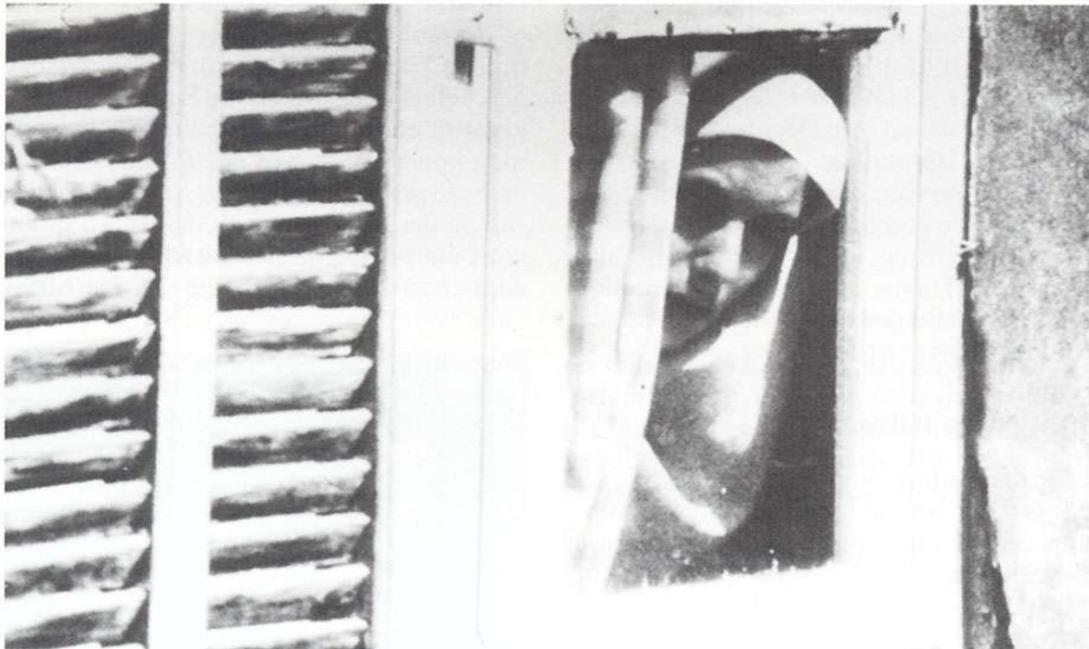


Fremde Welt mitten unter uns? (Der Spiegel, 25/2002)

Auch in dieser Situation folgten die Medien den Interessen der deutschen Mehrheitsbevölkerung und nicht denen der Minderheiten, denn jene fühlten sich nicht selten den Berichterstattem regelrecht ausgeliefert und nicht in der Lage, eigene Perspektiven zu formulieren und den Meinungen und Vorurteilen der sie befragenden Journalisten entgegenzusetzen. Ihr Bild vom Islam, muslimischem Leben in Deutschland und ihre Sicht auf die Attentate wurden nicht gesendet. Es griff offenbar ein Mechanismus journalistischen Umgangs mit MigrantInnen, der aus der Medienforschung bekannt und dort mehrfach untersucht worden ist. Wolfgang Koydl, der für die Süddeutsche Zeitung in Istanbul tätig ist, bestätigt, dass die westliche Presse mit Klischees vom Islam arbeite und z.B. fasziniert vom Kopftuch der türkischen Frau sei (Koydl 1999). Die in den Medien gezeichneten Bilder von Migrantinnen und Migranten sind jedoch nicht nur journalistischer Eigengesetzlichkeit, wie der Gewinnung von Aufmerksamkeit durch Betonung von Gegensätzen, der Darstellung von Ungewöhnlichem und dem Anknüpfen an Vorurteile geschuldet, sondern haben strukturelle Gründe, wie inhaltsanalytische Untersuchungen, z.B. von Ruhrmann und Nieland (2001), gezeigt haben. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Sendungen und Sendern sind zwar groß, doch zeigt sich generell eine Unterrepräsentation von Migrantinnen und Migranten und es dominiert in dieser Berichterstattung eindeutig das Thema „Kriminalität“. Die Untersuchungen belegen, dass sich die Darstellungen der MigrantInnen vor allem in aktueller Berichterstattung konstituiert, was dazu führt, dass sie ereignisbezogen und problemorientiert ist. Dies hat sich in der Situation nach dem 11. September erneut als problematisch erwiesen. Es findet im deutschen Fernsehen keine „aktive Multikulturalismusdebatte“ (Luchtenberg) statt, wie dies in anderen Einwanderungsgesellschaften, z.B. Australien der Fall ist. Es gilt auch heute noch das Ergebnis der Inhaltsanalysen, dass Migrantinnen und Migranten in den Medien als Objekt, Opfer und nicht-zugehörig stigmatisiert sind. Ruhrmann und Nieland machen Anregungen für eine journalistische Praxis, die geeignet sei, die „Mehrfachstigmatisierungen von Ausländern als Nichteuropäer, als Objekt und als Opfer“ zu vermeiden (ebd. S.121-123). Diese Praxisvorschläge setzen auf der Strukturebene, nicht auf der Inhaltsebene an, denn die inhaltliche Ausrichtung ist (auch) strukturell bedingt: Migrantinnen und Migranten nehmen kaum an Sendungen teil, gestalten nur selten Beiträge und sind meist nicht Urheber von Informationen. Sie können also ihre Perspektive in die Berichterstattung nur schwer einbringen. Welches aber wären die

Themen der Migrantinnen und Migranten, die einen Platz in den audio-visuellen Medien beanspruchen könnten? Vermutlich keine spektakulär anderen als die gewöhnlichen. Die Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen hat im Jahr 2001 eine Befragung der im Jahr zuvor eingebürgerten Migrantinnen und Migranten durchgeführt, bei der die Themen ermittelt wurden, die ihnen interessant und für die Wahlentscheidung wichtig wären (in Internet nachzulesen unter www.einbuengerung.niedersachsen.de). Dabei stellte sich heraus, dass für die Migrantinnen und Migranten dasselbe Themenspektrum relevant war, wie es für die Wahlbevölkerung allgemein in anderen Befragungen ermittelt worden war. Es ist also davon auszugehen, dass die Migrantenbevölkerung grundsätzlich kein anderes Themenspektrum im Medienangebot wünscht als die Bevölkerung insgesamt. Es gab allerdings einen entscheidenden Unterschied: Für die eingebürgerten Befragten war das Thema „Integrationspolitik/Ausländerfeindlichkeit“ von großer Bedeutung. Es rangierte auf den ersten Plätzen, während es in anderen Befragungen nur nachrangige Bedeutung hatte. Im Medienangebot käme es also weniger darauf an, spezifische Themen für die Zielgruppe der Migrantinnen und Migranten stärker zu berücksichtigen als vielmehr sie als normalen Teil des deutschen Alltags darzustellen und zu Wort kommen zu lassen. Diese Selbstverständlichkeit würde dann einschließen, dass der Islam im westlichen Kontext dargestellt würde, nicht als eine Religion des arabischen Raums, und Stellungnahmen zu Fragen, bei denen es um Moral, Religion und Wertorientierungen geht, auch von muslimischen Vertretern eingeholt würden, ohne sie als „Fundamentalisten“ oder gar als „Islamisten“ zu verunglimpfen. Themen wie die Zuwanderungsgesetzgebung, die Ausgestaltung des Ausländerrechts und die Gründe für Asylsuche und weltweite Migration würden auch von denjenigen kommentiert, die solche Erfahrungen selber gemacht haben und Integrationsprozesse aus eigenem Erleben kennen. Die Medien und die in ihnen tätigen Journalisten bilden die soziale Wirklichkeit nicht ab, sondern sie konstruieren sie. Teil dieses Konstruktionsprozesses sind ethnische Zuschreibungen, also die Herstellung von Ethnizität. In einer Gesellschaft wie der deutschen, die von kultureller Vielfalt geprägt ist, sind die Medien an der Konstruktion von Bildern beteiligt, die soziale Gruppen als kulturell geschlossen und einheitlich beschreiben. Die journalistische Notwendigkeit des Überzeichnens, um die Aufmerksamkeit der Zuschauer zu gewinnen und zu erhalten, fördert die Herausbildung von Stereotypen über ethnische Gruppen und Kulturen weiter.

So reproduzieren die Medien nicht nur Vorstellungen über „Ethnizität“ und „Rasse“, sie sind selber die machtvolle Quelle von solchen Bildern.



Szene aus dem Film „Bab el-qued City“ des Algeriers Merzak Allouache

Vielfalt der Kulturen

Kennzeichnend für die Bundesrepublik Deutschland von heute ist die Entwicklung neuer Alltagskulturen und Lebensstile auf der Grenze zwischen Eigenem und Fremdem: Hybridität, nicht Reinheit der Kulturen. Deren Ausdruck ist z.B. der Sprachmix, wie er unter zweisprachigen Jugendlichen gepflegt wird. Diese sprachliche Form ist im Musikstil des Rap öffentlich hörbar. Darin entwickeln sich eigene Sprachstile, Wortschätze und grammatische Regeln. Für die jugendlichen Migranten ist dieser Sprachmix nicht nur Ausdruck von Jugendkultur, er ist auch Protest gegen die Zumutung, sich auf eine ethnische Zugehörigkeit festlegen zu sollen. In den audiovisuellen Medien kommt diese Wirklichkeit nicht vor. Vielmehr noch: Sprachlich herrscht im Fernsehen das Gebot der Reinheit. Fast alle Sendungen und Sender strahlen einsprachig aus; eine Ausnahme stellt allein der Kanal ARTE dar, bei dem jährlich neben den Sendesprachen Deutsch und Französisch ca. 200 Sprachen und Dialekte vorkommen (Meier-Braun 2001, S.132). Anders als in den Niederlanden und den skandinavischen Ländern wird im deutschen

Fernsehen stets synchronisiert statt mit Untertiteln gearbeitet, aber auch die anderssprachigen Sender sind einsprachig. Den Umgang mit Mehrsprachigkeit, wie er den deutschen Alltag zumindest für Migrantinnen und Migranten kennzeichnet, zeigen die Medien nicht. Sie sind damit einem statischen Kulturbegriff verhaftet und übersehen die vorhandene kulturelle Hybridität. Radiosendungen wie „Radio Multikulti“ und „Radyo metropol fm“ (beide Berlin) zeigen, wie ein anderer Umgang mit Mehrsprachigkeit auch in den Medien möglich und sinnvoll ist.

Förderung der Integration

In Deutschland ist 2002 das „Zuwanderungsgesetz“ verabschiedet worden, dessen Anliegen es u.a. ist, die Integration der Bevölkerung in ihrer nationalen, kulturellen und sprachlichen Vielfalt zu fördern. Die Medien können ihren Beitrag in diesem Prozess auf der strukturellen und auf der inhaltlichen Ebene leisten. Für viele Migrantengruppen gibt es einen Zugang zu fremdsprachlichem Medienangebot über Satellitenprogramme. Anders als bei den Printmedien und dem Radioangebot gibt es jedoch bisher kein Fernsehangebot in Deutschland, das sich der hiesigen Situation widmet. Auch beim türkischsprachigen Sender TRT-INT liegt der Schwerpunkt bei der türkeibezogenen Berichterstattung. Gleiches gilt für polnische, amerikanische und britische Sender, die über Kabel oder Satellit in Deutschland zu empfangen sind. Speziell die türkischsprachige Bevölkerungsgruppe in Deutschland hat eine relativ gute Infrastruktur an verfügbaren Kommunikationsmedien, die von ihnen stärker genutzt werden als von Migranten anderer Gruppen. Dennoch wird auch von ihnen das deutsche Fernsehen stärker als das türkischsprachige Fernsehen genutzt (70 % gegenüber 58 %), wie das Bundespresseamt in einer Untersuchung 2001 festgestellt hat. Es kann angenommen werden, dass innerhalb des Spektrums der Medienangebote weder in den Auslandsproduktionen noch in den Inlandsproduktionen im Hinblick auf die dort stattfindende Konstruktion von Selbst- und Fremdbildern über die verschiedenen Gruppen sesshafter und eingewanderter Menschen, die die multikulturelle Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland bilden, die Minderheiten selbst keine Chance haben, an diesen Bildern mitzuzeichnen. Voraussetzung dafür wäre die Stärkung der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten und die Schaffung von Strukturen, die auch Minderheiten den Zugang zu den

Medien eröffnen. Gesellschaftliche Partizipation im Bereich der Medien bedeutet – wie in allen anderen Bereichen – eine Öffnung der Strukturen für die Minderheiten selbst. Dies kann z.B. auch die Notwendigkeit einschließen, Staatsverträge im öffentlich-rechtlichen Rundfunkbereich zu verändern, damit gesellschaftliche Gruppen wie die Migranten oder die Muslime Mitglied im Rundfunkrat und Verwaltungsrat sein können.

Literatur

Die Ausländerbeauftragte der Freien und Hansestadt Hamburg und die Hamburgische Anstalt für neue Medien (Hrsg.): Medien - Migration - Integration: Elektronische Massenmedien und die Grenzen kultureller Identität. Berlin: VISTAS, 2001; vgl. darin die hier zitierten Beiträge von Ursula Neumann, Karl-Heinz Meier-Braun und Georg Ruhrmann/Jörg-Uwe Nieland

Koydl, Wolfgang: Warum das Kopftuch für uns Journalisten so attraktiv ist. In: Türkisch-deutscher Kulturbeirat (Hrsg.): Türkische Frauen in deutschen Medien, Ankara 1999, S.135-141

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Rechteinhabers unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Speicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.